

DER PRESSE- UND INFORMATIONSDIENST DER LANDWIRTSCHAFT

Pressedienst Nr. 16369
Freitag, 09. September 2022

Agrarpolitischer Herbstauftakt: Nur starke Landwirtschaft sichert Lebensmittelversorgung	1
Moosbrugger fordert Stabilität statt Experimente bei Lebensmittelversorgung	3
Teuerung: Regierung beschließt Entlastungspaket für die Landwirtschaft	5
EU-Verbände zur Energiekrise: Alarmglocken im Agrar- und Lebensmittelsektor läuten	6
Land&Forst Betriebe kritisieren Pläne für künftige Waldbewirtschaftung in Europa	6
Copa/Cogeca: EU fährt 2022 kleinere Getreide- und bessere Ölsaatenernte ein	8
EU-Schweinemarkt: Schlachtreife Tiere weiterhin nur knapp verfügbar	10
Österreichs größte Bezirkslandwirtschaftskammer Weststeiermark neu eröffnet	10
Biohof Schlager als neuer Green Care-Betrieb in Niederösterreich ausgezeichnet	12

**EINEN TEIL DER AUFLAGE FINANZIERT
DIE NIEDERÖSTERREICHISCHE VERSICHERUNG**



Die Niederösterreichische
Versicherung

Agrarpolitischer Herbstauftakt: Nur starke Landwirtschaft sichert Lebensmittelversorgung

Österreichs Agrarspitze skizziert beim agrarpolitischen Herbstauftakt des Bauernbundes nächste Schritte, um Bauern zu unterstützen

Wien, 9. September 2022 (aiz.info). - Die Corona-Pandemie, der russische Angriffskrieg auf die Ukraine, die steigenden Betriebsmittelkosten und der Klimawandel - multiple Krisen stellen unsere Bauernfamilien vor zahlreiche Herausforderungen. "Nur eine starke Landwirtschaft kann uns in Krisenzeiten mit ausreichend Lebensmitteln versorgen. Mehr denn je brauchen wir robuste, krisensichere und faire Wertschöpfungsketten", betonen Bauernbund-Präsident Abg.z.NR **Georg Strasser**, Landwirtschaftsminister **Nobert Totschnig** und Landwirtschaftskammer Österreich (LKÖ)-Präsident **Josef Moosbrugger** in einer gemeinsamen Pressekonferenz. Beim agrarpolitischen Herbstauftakt des Bauernbundes unter dem Motto "Landwirtschaft stärken, Versorgung sichern" skizziert die Agrarspitze neue Unterstützungsmaßnahmen und nächste Schritte, um die Versorgungssicherheit aufrecht zu halten.

Strasser: Zeitenwende in der Landwirtschaft

"Unsere Landwirtschaft befindet sich in einer Zeitenwende und damit auch die Agrarpolitik", leitet Strasser den agrarpolitischen Herbst ein. "Die Versorgung in Österreich mit ausreichend Lebensmitteln ist zwar gesichert, die geopolitischen Turbulenzen wirken sich aber unmittelbar auf die gesamte Wertschöpfungskette aus. Besonders die Energiekosten schlagen - vom Hof bis zum Teller - voll durch und bringen Bäuerinnen und Bauern zunehmend unter Druck. Diese gilt es jetzt bestmöglich mit einer Stromkostenbremse abzufedern. Wir können unsere Familienbetriebe nicht im Regen stehen lassen", so Strasser und verweist auf die aktuellen Arbeiten an einem entsprechenden Umsetzungsmodell.

Aufgrund steigender Lebensmittelpreise greifen immer mehr Konsumenten zu billigen Produkten aus dem Ausland. "Deshalb sinken die Absätze heimischer Qualitätslebensmittel und der Dschungel an Handels-Eigenmarken wächst weiter. Wenn wir auch in Zukunft gut durch Krisen kommen wollen, müssen wir den Absatz regionaler Lebensmittel erhöhen. Hier nimmt der Handel eine zentrale Rolle ein", so der Bauernbund-Präsident.

Die Preise im Supermarkt steigen nicht im selben Ausmaß, wie sich der Kostendruck bei den Bäuerinnen und Bauern für Dünger, Futter und Energie verstärkt. Strasser appelliert deshalb auch an die Konsumenten: "Ziehen wir jetzt an einem Strang und bekennen uns zu Lebensmitteln aus Österreich. Nur so erhalten wir die Versorgungssicherheit unseres Landes auch in Zukunft aufrecht."

Totschnig: Anhebung der Steuergrenzen, Unterstützungspakete, GAP-Umsetzung

"Ob während der Corona-Pandemie oder seit dem russischen Angriffskrieg in der Ukraine - ohne unsere Bäuerinnen und Bauern wären wir in den vergangenen Jahren garantiert nicht so gut durch diese Krisen gekommen. Sie sind es, die uns täglich mit regionalen Lebensmitteln versorgen. Um unsere bäuerlichen Familienbetriebe für die kommenden Herausforderungen zu rüsten, starten wir mit drei wichtigen Eckpfeilern in den Herbst", betont Totschnig und verweist als ersten wichtigen Punkt auf die Anhebung der steuerlichen Grenzen für die Landwirtschaft. "Uns ist es gelungen, die

Grenzen der Pauschalierungsverordnung für die Land- und Forstwirtschaft zum ersten Mal seit 20 Jahren anzuheben. Das ist eine wichtige Maßnahme für unsere Bäuerinnen und Bauern. Denn durch die Preissteigerungen würden viele die aktuellen Umsatzgrenzen überschreiten und hätten ohne Einkommens-Zuwachs plötzlich einen steuerlichen Bürokratie-Aufwand zu stemmen. Indem wir die Pauschalierungsgrenzen anpassen, entlasten wir unsere Landwirtschaft und sichern die heimische Produktion ab."

Als zweiten Eckpfeiler nennt der Landwirtschaftsminister die von der Bundesregierung beschlossene Stromkostenbremse für Haushalte als zusätzliche Entlastungsmaßnahme neben der ökosozialen Steuerreform, dem 28 Mrd. Euro Anti-Teuerungspaket oder dem 110 Mio. Euro Versorgungssicherungspaket für die Bauern: "Die Stromkostenbremse ist eine wichtige Unterstützung für mehr als 150.000 bäuerliche Familien in ganz Österreich." Dass Bundeskanzler Nehammer als weiteren Schritt auch eine Unterstützung für die produzierende Landwirtschaft angekündigt habe, sei ein richtiges Signal zur richtigen Zeit.

Die Umsetzung der neuen Gemeinsamen Agrarpolitik bezeichnet Totschnig als "Zukunftsprogramm" für die Bauern. "Noch im September erwarten wir die Genehmigung der EU-Kommission für unseren GAP-Strategieplan. Österreich gehört damit zu ersten Ländern, die in Umsetzung gehen. Parallel dazu haben wir die Anwendungsverordnung zum Strategieplan diese Woche in Begutachtung geschickt. Sie soll im Oktober in Kraft treten." Jetzt gehe es darum, die bäuerlichen Familienbetriebe von diesem Weg zu überzeugen. "Darum starte ich eine Versorgungssicherungstour durch ganz Österreich, um den Bäuerinnen und Bauern das ausgewogene Programm näherzubringen und die Chancen aufzuzeigen", so Totschnig. "Die neue GAP bringt Stabilität und Orientierung für die nächsten fünf Jahre. So erreichen wir Planungssicherheit für Versorgungssicherheit", ist der Landwirtschaftsminister überzeugt.

Moosbrugger: LKÖ-Studie zu Kaufverhalten

"Sowohl die Konsumenten als auch die Bäuerinnen und Bauern befinden sich in einem enormen Spannungsfeld, wie unsere Marketagent-Umfrage verdeutlicht. Diese zeigt, dass die Menschen in unserem Land beunruhigt sind, was die Versorgungssicherung mit Treibstoffen, Lebensmitteln und anderen Gütern des täglichen Lebens betrifft. 87,6% der Befragten wünschen sich mehr Unabhängigkeit Österreichs vom internationalen Handel, 81% zeigen sich bereit, eine Petition bezüglich einer vermehrten Produktion heimischer Lebensmittel zu unterstützen. Gerade Tierwohl wird als höchst wichtig erachtet. Gleichzeitig geben 65,3% an, nun wegen der Krise sehr viel stärker darauf zu achten, billige Lebensmittel zu kaufen. Die Umfrage zeigt somit den Widerspruch zwischen Forderungen und eigener Handlungsbereitschaft auf", so Moosbrugger.

"Dieser neuen Situation gilt es Rechnung zu tragen - in der Politik, genauso wie in der Lebensmittel-Wertschöpfungskette. Bei allem Bekenntnis zur Nachhaltigkeit ist derzeit nicht der richtige Zeitpunkt, um die Standards noch weiter in die Höhe zu schrauben und die Unsicherheit zusätzlich zu befeuern. Wer weiß, dass die Versorgungssituation durch das EU-Gesetz zur Wiederherstellung der Natur, Green Deal und andere Pseudonachhaltigkeits-Strategien weiter verschärft werden soll, muss am Realitätssinn der EU-Gremien zweifeln. Wir brauchen jetzt Stabilität und keine weiteren Experimente auf Kosten unserer Familienbetriebe und unserer Versorgungssicherheit", sagt der Präsident der Landwirtschaftskammer Österreich.

"Versorgungssicherheit brauchen wir aber nicht nur im Lebensmittelbereich, sondern auch bei nachhaltigen Rohstoffen und erneuerbarer Energie. Wer die 'Erneuerbaren Richtlinie' auf EU-Ebene liest, kann nur entsetzt sein. Wir dürfen nicht zulassen, dass praxisferne Akteure den Beitrag unserer nachhaltigen Holzenergie auf ein Minimum zurückfahren. Vielmehr lautet das Motto: Raus aus der fossilen Sackgasse und zwar bald", schließt Moosbrugger. (Schluss) APA OTS 2022-09-09/09:56

Moosbrugger fordert Stabilität statt Experimente bei Lebensmittelversorgung

Neue Umfrage zeigt Widerspruch zwischen Wünschen und Kaufverhalten der Bevölkerung – Kritik an EU-Plänen im Energie- und Landnutzungsbereich

Das wachsende Spannungsfeld, in dem sich die Menschen in unserem Land – so auch die Bäuerinnen und Bauern – aktuell befinden und was für die Aufrechterhaltung der heimischen Produktion von Qualitätslebensmitteln, nachhaltigen Rohstoffen und Energie gefordert ist, erläuterte der Präsident der Landwirtschaftskammer Österreich, **Josef Moosbrugger**, heute bei der Pressekonferenz im Rahmen des Agrarischen Herbstauftaktes des Österreichischen Bauernbundes in Wien.

„Sowohl die Konsumentinnen und Konsumenten als auch die Bäuerinnen und Bauern befinden sich seit Ausbruch des Ukraine-Russland-Krieges in einem enormen Spannungsfeld. Das wird auch in unserer Marketagent-Umfrage deutlich. Diese zeigt, dass die Menschen in unserem Land beunruhigt sind, was die Versorgungssicherung mit Treibstoffen, Lebensmitteln und anderen Gütern des täglichen Lebens betrifft. 87,6% der Befragten wünschen sich mehr Unabhängigkeit Österreichs vom internationalen Handel, 81% zeigten sich bereit, eine Petition bezüglich einer vermehrten Produktion heimischer Lebensmittel zu unterstützen. Gerade Tierwohl wird als höchst wichtig erachtet. Gleichzeitig geben 65,3% an, nun wegen der Krise sehr viel stärker darauf zu achten, billige Lebensmittel zu kaufen. Die Umfrage verdeutlicht somit den enormen Widerspruch zwischen Forderungen und Handlungsbereitschaft“, legte Moosbrugger dar. „Die Menschen sind verunsichert und sparen angesichts der aktuellen Diskussionen über Inflation und Preisexplosionen.“

Vorreiterrolle Österreichs endlich anerkennen, jetzt für Stabilität sorgen

„Unter diesen Vorzeichen erwarte ich mir sowohl von nationaler und europäischer Politik, als auch von den anderen Teilnehmern der Lebensmittel-Wertschöpfungskette, dass der neuen Situation Rechnung getragen wird. Bei allem Bekenntnis zur Nachhaltigkeit ist derzeit nicht der richtige Zeitpunkt, um die Standards noch weiter in die Höhe zu schrauben und die Unsicherheit zusätzlich zu befeuern. Wir brauchen jetzt Stabilität und keine weiteren, kostspieligen Experimente auf Kosten unserer bäuerlichen Familienbetriebe und der heimischen Versorgungssicherheit. Österreich ist punkto Nachhaltigkeit und Tierwohl internationaler Vorreiter, das gilt es auch einmal anzuerkennen. Jene, die meinen, uns den Begriff Nachhaltigkeit erklären zu müssen, wissen offenbar nicht, dass Bäuerinnen und Bauern schon immer in Generationen denken“, betont der LKÖ-Präsident.

„Wer mitbekommt, dass die Versorgungssituation durch das EU-Gesetz zur Wiederherstellung der Natur, Green Deal und andere Pseudonachhaltigkeitsstrategien weiter verschärft werden soll, muss am Realitätssinn der EU-Gremien zweifeln. Im Rahmen des anfangs genannten Gesetzes sollen

etwa Lebensräume und historisch gewachsene Kulturlandschaften in den Zustand der 1950er-Jahre zurückgeführt werden, was allein schon aus Gründen des Klimawandels unmöglich ist. Die geplante, massive Verknappung produktiver Flächen birgt eine noch nie dagewesene sozioökonomische Sprengkraft, von den massiven Eigentumseingriffen ganz abgesehen“, warnt Moosbrugger im Hinblick auf die Versorgungssicherheit.

„Wir leisten viel für Natur- und Umweltschutz und werden das im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) ab 2023 noch weiter ausbauen. Die geplanten Verschärfungen von EU-Vorgaben können sich derzeit aber weder die Konsumenten, noch die Bauern leisten. Schluss mit Illusionen und Abgehobenheit, wir brauchen eine Politik mit Hausverstand und Verantwortungsbewusstsein. Wer echte Nachhaltigkeit erreichen will, muss Umwelt, Wirtschaft und Menschen gleichermaßen voranbringen. Einseitigkeit führt nur zum Niedergang von Existenzen und Selbstversorgung. Und noch mehr Importe wären auch sicher nicht im Sinne von Klimaschutz und Nachhaltigkeit. Das zu verhindern, sind wir unseren Kindern schuldig“, unterstreicht der LKÖ-Präsident.

Angebot und Absatz der Tierwohlprodukte offenlegen

„Vom Handel erwarte ich mir mehr als die bisherigen Lippenbekenntnisse und Forderungen, etwa punkto Vollspaltenboden. Wer Tierwohl fordert, muss nun auch dazu stehen und entsprechende Mengen zu angemessenen Preisen listen und die Mehrkosten anerkennen. Das muss klarerweise auch marketingtechnisch unterstützt werden. Wir müssen weg vom täglichen Kampf um den billigsten Preis. Wir sind dazu aktuell in einem konstruktiven Dialog mit den großen Partnern im LEH“, so Moosbrugger und weiter: „Wir fordern außerdem, dass die Handelskonzerne Angebot und Absatz ihrer Tierwohlprodukte offenlegen und für Transparenz sorgen. Die Bäuerinnen und Bauern mit höheren Standards und Kosten allein zu lassen, schadet den Tieren, den Bauernfamilien und der Gesellschaft. Handschlagqualität und Zusammenhalt sind mehr denn je gefordert. Wir sind jedenfalls dazu bereit.“

Raus aus der fossilen Sackgasse und mehr Tempo beim Erneuerbaren-Ausbau

„Versorgungssicherheit brauchen wir aber nicht nur im Lebensmittelbereich, sondern auch bei nachhaltigen Rohstoffen und erneuerbarer Energie. Wer jedoch mitbekommt, wie die ‚Erneuerbaren Richtlinie‘ auf EU-Ebene überarbeitet werden soll, kann nur entsetzt sein. Die aktuellen Pläne zeugen von erschreckender Unkenntnis der nachhaltigen Waldbewirtschaftung und der Bedeutung der energetischen Holznutzung für die Versorgungssicherheit der EU. Wir dürfen nicht zulassen, dass praxisferne Akteure den Beitrag unserer nachhaltigen Holzenergie auf ein Minimum zurückfahren“, betont Moosbrugger. „Vielmehr müssen wir in Gesamteuropa dafür sorgen, dass bestehende Barrieren beseitigt werden und auch die vielen motivierten Land- und Forstbetriebe ihren Beitrag zur Energieversorgung leisten können“, so der LKÖ-Präsident, der rasch verlässliche Rahmenbedingungen für mehr Erneuerbare und eine zügige Umsetzung des Förderprogramms „Energieautarker Bauernhof“ zur Stärkung der regionalen Versorgungssicherheit in allen Bereichen fordert. „Das Motto lautet: Raus aus der fossilen Sackgasse und mehr Tempo beim Ausbau der Erneuerbaren.“ (Schluss) APA OTS 2022-09-09/09:59

Teuerung: Regierung beschließt Entlastungspaket für die Landwirtschaft

Pauschalierungsgrenze auf 600.000 Euro erhöht

Wien, 9. September 2022 (aiz.info). - Vor dem Hintergrund der aktuellen Rekordinflation hat die heimische Agrarspitze gemeinsam mit dem Finanzministerium eine Anhebung der Pauschalierungsgrenze von 400.000 auf 600.000 Euro durchgesetzt. Es handle sich um die erste Erhöhung seit der Einführung des Euros im Jahr 2002. Gleichzeitig wurde die Einheitswert-Grenze für die Teilpauschalierung von 130.000 Euro auf 165.000 Euro erhöht sowie die Einnahmengrenze für landwirtschaftliche Nebentätigkeiten von 40.000 Euro auf 45.000 Euro angepasst. Damit soll der Verwaltungsaufwand für die Landwirtinnen und Landwirte reduziert, eine Anpassung an die Inflationsentwicklung bei Nebentätigkeiten erfolgen und die gesicherte Versorgung mit heimischen Lebensmitteln aufrechterhalten werden. Die Regierung hat dem Entlastungspaket für die Landwirtschaft heute, Freitag, zugestimmt.

"In Zeiten multipler Krisen schaffen wir so eine dringend notwendige bürokratische Entlastung für unsere Familienbetriebe. Durch die Preissteigerungen aufgrund der Teuerung überschreiten viele Höfe die aktuellen Umsatzgrenzen und haben ohne Einkommens-Zuwachs plötzlich einen enormen bürokratischen Mehraufwand. Unsere Bauernfamilien sollen ihre Zeit aber für das einsetzen können, was derzeit am wichtigsten ist: Uns weiterhin verlässlich mit regionalen Lebensmitteln versorgen", erklärte Landwirtschaftsminister **Norbert Totschnig**.

„Mit der Teuerung steigen die Umsätze unserer Bauernfamilien - nicht aber deren Einkommen, da die Kosten für Dünger, Futtermittel und Energie die Gewinne auffressen. Der Umsatzanstieg drängt viele Betriebe nun aus der steuerlichen Pauschalierung. Eine Erhöhung ist deshalb eine längst überfällige bürokratische Entlastung", betonte ÖVP-Landwirtschaftssprecher **Georg Strasser**.

"Dieses Verhandlungsergebnis trägt den Kostensteigerungen, sowohl in der Pflanzenproduktion als auch in der tierischen Veredelung, Rechnung. Es verhindert zusätzliche bürokratische Lasten, die allein den allgemeinen Preissteigerungen und nicht einer verbesserten Einkommenssituation geschuldet wären. „In Zeiten durchbrochener Lieferketten bekommt die bäuerliche Direktvermarktung einen noch höheren Stellenwert bei der Versorgung der Bevölkerung. Mit der Anhebung der Umsatzgrenze auch bei Nebentätigkeiten wird auch hier die Teuerung entsprechend berücksichtigt", sagte Landwirtschaftskammer Österreich-Präsident **Josef Moosbrugger**.

"Mit der Teuerung sind die Umsätze der bäuerlichen Betriebe massiv gestiegen. Durch die höheren Betriebsmittelkosten, sei es bei Energie, Dünger oder Futtermittel, konnten die Einkommen nicht gesteigert werden. Viele Betriebe wären daher mit Jahresende aus der steuerlichen Pauschalierung herausgefallen", erklärte OÖ Bauernbund-Landesobfrau **Michaela Langer-Weninger**. Doch nicht nur der bürokratische Aufwand wäre dadurch erheblich angewachsen. Für so manchen landwirtschaftlichen Betrieb hätte das auch ein endgültiges Schließen seiner Hoftore bedeutet. (Schluss)

EU-Verbände zur Energiekrise: Alarmglocken im Agrar- und Lebensmittelsektor läuten

Kommission soll Mitgliedstaaten unterstützen

Brüssel, 9. September 2022 (aiz.info). - "Durch die schnell steigenden Inputkosten und zunehmend extremen Wetterereignisse haben viele Betriebe im EU-Agrar- und Lebensmittelsektor Mühe, ihre Tätigkeiten aufrechtzuerhalten", warnen die Verbände COPA-COGECA (Dachverband der EU-Landwirte und Genossenschaften), Primary Food Processors (PFP) und FoodDrinkEurope in einer gemeinsamen Aussendung. Anlass ist die außerordentliche Tagung des EU-Rates für Energie heute, Freitag, sowie die bevorstehende jährliche Rede von EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen zur Lage der Union nächste Woche.

"Die jüngsten Erhöhungen der Energiepreise, insbesondere für Erdgas und Strom, bedrohen die Kontinuität der Produktionszyklen für Lebensmittel und damit die verlässliche Lieferung wesentlicher Agrarrohstoffe, Lebensmittelzutaten und -produkte sowie Futtermittel", machen die EU-Verbände auf die prekäre Situation aufmerksam. Der Sektor brauche Gewissheit über eine gesicherte Energieversorgung zu stabilen Preisen. Deshalb fordern die Verbände die EU-Kommission auf, die Mitgliedstaaten bei Maßnahmen zur Versorgungssicherung mit Energie sowie gegen die Teuerung, aber auch in der Diversifizierung von Energiequellen hin zu mehr Nachhaltigkeit zu unterstützen.

Außerdem soll die EU die Gasrationierungspläne der Mitgliedstaaten genauer beobachten und so eine ausreichende Energieversorgung insbesondere für die Lebensmittelproduktion aufrechterhalten. Darüber hinaus ist eine weitere Überarbeitung des temporären Krisenrahmens dringend erforderlich, heißt es in der Stellungnahme. (Schluss) hub

Land&Forst Betriebe kritisieren Pläne für künftige Waldbewirtschaftung in Europa

Entscheidende Abstimmungen im EU-Parlament stehen an

Wien, 9. September 2022 (aiz.info). - Mitte nächster Woche stehen im EU-Parlament wichtige wald- und klimapolitische Abstimmungen auf der Tagesordnung. "Die vorliegenden Entwürfe beinhalten jedoch viele Barrieren und Hürden für eine aktive nachhaltige Waldbewirtschaftung und gefährden diese massiv", warnen die Land&Forst Betriebe Österreich (LFBÖ) sowie Waldexperten vor gravierenden Folgen für die Waldbewirtschaftung und Klimapolitik in Österreich und Europa.

Über drei wichtige wald- und klimapolitische Themen wird Mitte nächster Woche im EU-Parlament abgestimmt: die EU-Waldstrategie, die Verordnung über entwaldungsfreie Produkte und RED III, die Richtlinie für erneuerbare Energien. Fachexperten kritisieren die vorliegenden Entwürfe und fordern eine Überarbeitung.

EU-Waldstrategie - Außernutzungsstellung gefährdet Klimaziele und Waldbesitzer

"Die vorgeschlagene Waldstrategie greift massiv in die Kompetenzen der Mitgliedsstaaten und Eigentumsrechte ein. Mit einer pauschalen Behandlung der großen Vielfalt an unterschiedlichen

ökologischen und sozioökonomischen Bedingungen in europäischen Wäldern und bei Waldbewirtschaftern wird die nachhaltige Bereitstellung der multifunktionalen Waldleistungen stark leiden", kritisieren die Land&Forst Betriebe Österreich. So sieht die EU-Waldstrategie unter anderem eine Außernutzungsstellung von Waldflächen vor, die jeglichen Eingriff verbieten würden. Die selbe Strategie sieht vor, dass über ein bereits in Erarbeitung befindliches Gesetz von Menschenhand veränderte Wälder wieder in ihren ursprünglichen Zustand - in Orientierung an den 1950er Jahren - zurückversetzt werden sollen, statt aktiv an den Klimawandel und die Herausforderungen der Zukunft angepasst zu werden.

"Die nun vorliegende EU-Waldstrategie gefährdet nicht nur die Erreichung der Klimaziele und die europäischen Waldbesitzer, sondern spricht ihnen auch jegliche Kompetenz einer nachhaltigen Forstwirtschaft ab. Damit wird auch eine den jeweiligen lokalen Gegebenheiten angepasste Waldbewirtschaftung nahezu unmöglich gemacht. Denn wenn der Wald bei uns nicht mehr wirtschaftlich genutzt werden kann, werden in Zukunft Holzprodukte aus Nicht-EU-Staaten importiert werden müssen, die mit weit niedrigeren Umweltstandards produziert werden", warnt LFBÖ-Präsident **Felix Montecuccoli**.

Verordnung über entwaldungsfreie Produkte - Waldpflege wird zu Waldschädigung

Marktteilnehmer, die Produkte aus Holz, Rindern, Kakao, Kaffee, Soja und Palmöl erstmals auf den EU-Markt bringen oder ausführen, müssen laut der geplanten Verordnung über entwaldungsfreie Produkte künftig nachweisen, dass die Produktion nicht zu Entwaldung geführt hat. Die Land&Forst Betriebe Österreich begrüßen die grundsätzliche Idee hinter dieser Richtlinie, sehen aber die Umsetzung äußerst kritisch. So werden zum Beispiel Begriffe wie "Entwaldung", "nachhaltige Erntevorgänge" und "Waldschädigung" neu definiert, obwohl dafür bereits international anerkannte Definitionen existieren. Dies kann dazu führen, dass im Zuge einer nachhaltigen Forstwirtschaft normale und notwendige Bewirtschaftungs- und Pflegeeingriffe als "Waldschädigung" gelten. Weiters sieht der Entwurf - neben unverhältnismäßigen Kontrollen - einen erhöhten bürokratischen Mehraufwand für Marktteilnehmer vor: so werden zum Nachweis entwaldungsfreier Produkte sehr detaillierte Informationen verlangt, die der Kontrollbehörde vorzulegen sind, unter anderem die Freigabe von GPS-Daten und persönlichen Daten von Kunden und Verkäufern, berichten die Land&Forst Betriebe Österreich. Dies und die dadurch zu erwartenden Mehrkosten würden zu einer massiven Wettbewerbsverzerrung führen und Europa zu einem unattraktiven Handelspartner machen, heißt es.

"Wir lehnen jeden Gesetzesentwurf, der unsere nachhaltige Arbeit im Wald nur ansatzweise unter Strafe setzen möchte, in aller Entschiedenheit ab. Unser vorrangiges Bestreben liegt darin, unsere Wälder nach den hohen ökologischen Standards zu bewirtschaften, daraus nachhaltige Rohstoffe und Dienstleistungen zur Verfügung zu stellen und für nächste Generationen klimafit zu gestalten", betont der Verbandspräsident.

Erneuerbare Energien Richtlinie RED III: Energieholz aus dem Wald soll nicht mehr gefördert werden

Der Europäische Rat hat bereits in seiner Position gegen einen delegierten Rechtsakt zur kaskadischen Holznutzung Stellung bezogen und auf die Einbindung von SFM-Kriterien (Sustainable Forest Management) gepocht. "Im Allgemeinen stellen die vorgeschlagenen Einschränkungen der energetischen Biomassennutzung laut LFBÖ einen "Rückschlag" im Kampf gegen den Klimawandel dar. Zur Verringerung von CO₂-Emissionen und im Sinne der Bioökonomiestrategie gelte es, den

Ersatz fossiler Rohstoffe durch nachwachsende zu fördern, statt deren Einsatz immer weiter einzuschränken. Daher sei der Vorschlag äußerst kritisch, die primäre Biomasse Holz von jeglichen Förderungen auszuschließen, übt der Verband weiter Kritik. "Denn damit benachteiligt man gerade jene Stoffmengen, die nachhaltig zum Ersatz fossiler Produkte beitragen. Zudem sieht der Entwurf vor, strukturreiche Altwälder und Wälder mit hoher Biodiversität als 'No-Go'-Flächen für die Nutzung von Biomasse zu definieren, wird betont.

"Mit diesem Entwurf wird nicht nur die Vorreiterrolle des Waldes im Kampf gegen den Klimawandel ignoriert und die Berücksichtigung lokaler Gegebenheiten erschwert, sondern auch das Subsidiaritätsprinzip - also die Zuständigkeit der Mitgliedstaaten - untergraben. Der vorliegende Rahmen des Forest Europe-Prozesses wird ausgehebelt, breit akkordierte Kriterien für nachhaltige Waldwirtschaft ignoriert. Die energetische Nutzung von nachhaltig produziertem Holz soll nun nicht mehr als erneuerbare Energie angerechnet werden, während man Atomenergie als umweltfreundlich einstuft. Mit der vorgeschlagenen RED III Richtlinie wird der Einsatz von Biomasse für die Nah- und Fernwärme verhindert, das darf nicht passieren", zeigt Montecuccoli die dringende Notwendigkeit für die Abänderung der Vorschläge auf.

Weitere ausführliche Details zu den geplanten Abstimmungen, den Kritikpunkten und wie die Land&Forst Betriebe Österreich darauf reagieren sind auf der LFBÖ-Webseite unter landforstbetriebe.at zu finden (Schluss)

Copa/Cogeca: EU fährt 2022 kleinere Getreide- und bessere Ölsaatenernte ein

Russland stellt Ukraine-Deal infrage - Heimischer Kassamarkt sucht Orientierung

Brüssel/Wien, 9. September 2022 (aiz.info). - Die EU-Landwirte- und Genossenschaftsverbände Copa und Cogeca schätzten am Freitag die Getreideernte der EU 2022 mit 269 Mio. t um 6,8% kleiner als im Vorjahr und unter dem Fünfjahres-Schnitt. Dementgegen sehe der Trend bei Ölsaaten mit plus 6,7% (31,9 Mio. t) und Proteinpflanzen mit +5,1% (3,92 Mio. t) positiver als zuletzt angenommen aus. Die sommerliche Dürre solle insbesondere die beginnende Maisernte der Union gegenüber dem Vorjahr um 20,8% auf 55 Mio. t einbrechen lassen, wobei die jüngst Bedarfsschätzung des Internationalen Getreiderates für die EU bei 76,1 Mio. t liegt. Die internationalen Märkte standen diese Woche im Zeichen, dass Russland das Abkommen zur Öffnung sicherer Exportkorridore über das Schwarze Meer infrage stellte und einer neuerlich nach oben revidierten Prognose für seine Weizenernte von 97 Mio. t nach dem bisherigen Rekord von 86 Mio. t und mit 46 Mio. t Exportpotenzial. Der österreichische Kassamarkt blieb indes weiterhin orientierungslos.

Russland stellt eine Verlängerung des unter Vermittlung von UNO und Türkei zustande gekommenen Abkommens für sichere Seewege auf dem Schwarzen Meer infrage. Es argumentiert, die Getreideexporte der Ukraine gingen zum großen Teil in wohlhabende Regionen wie die EU, anstatt den Hunger in bedürftigen Ländern zu stillen. Dies sei ein Missbrauch des Abkommens, obwohl dieses keine Beschränkung der Exportziele auf arme Länder enthält. Weiters beklagt Russland Behinderungen seiner Ausfuhren durch Sanktionsmaßnahmen. Diese Argumentation wurde auch von der türkischen Staatsführung unterstützt. Dies sorgte für einen kurzzeitigen Preissprung. Beobachter wittern hinter den Missbrauchsvorwürfen Russlands aber vielmehr einen weiteren Akt im Wirtschaftskrieg gegen den Mitbewerber Ukraine am Getreideweltmarkt, zumal Russland einer

Rekord-Weizenernte entgegenglickt und die Preise zuletzt entsprechend unter Druck standen. Laut UNO seien mindestens 75% des bisher unter dem Abkommen exportierten Getreides aus der Ukraine nicht für die EU bestimmt gewesen sondern vor allem für Länder wie die Türkei, Südkorea, den Iran oder Ägypten.

Heimischer Kassamarkt ist verunsichert und sucht Orientierung

Hierzulande herrscht Verunsicherung über die künftige Entwicklung der Energiekosten, Knappheit und Verzögerungen bei Logistik und Transport, über Konsumverhalten und Kaufkraft sowie die Lage am Schwarzen Meer mit Druck russischer Ware. Dies erschwere die Planbarkeit. So halten sich Verarbeiter in Österreich aber auch aus Italien zurzeit zurück, größere oder längerfristige Engagements mit Brotweizen einzugehen. Momentan komme es daher nur zu kurzfristigen Abschlüssen. Dies übe Druck auf den Markt in den oberen Qualitätssegmenten aus, heißt es. Gleichzeitig aber kommt quasi vom unteren Qualitätslevel Nachfrage, weil Futtergetreide und Mais knapp und Importe schwierig sind.

Unverändert im Zeichen kleiner Ernten und schwieriger Verfügbarkeit steht der Maismarkt. Die Nassmaiskampagne hat in Österreich bereits gestartet, die Erträge vor allem im östlichen Trockengebiet werden als mager geschildert. Gerätselt wird auch über einen allfälligen Importbedarf Ungarns. Die Verarbeiter seien dem Vernahmen nach bemüht, sich mit ihren Preisgeboten so viel Ware wie möglich zu sichern - auch, um zu vermeiden, dass teure Trocknerkapazitäten angeworfen werden müssen.

Weiterhin vorsichtig mit ebenfalls nur kurzfristigen Abschlüssen wird der Ölsaatenmarkt beschrieben. Die Folgen des trockenen Sommers ließen zuletzt die Sonnenblumenpreise anziehen, wohingegen der besser verfügbare Raps nachgab.

Copa/Cogeca: 2022 kleinere Hektarerträge - Negative Aussichten für 2023

Die beiden Verbände führen den Produktionsrückgang beim Getreide 2022 auf kleinere Hektarerträge zurück, wohingegen die Anbaufläche zu 2021 annähernd gleichgeblieben sei. Neben Mais verzeichnet vor allem Durum im Jahresvergleich ein Ertragsminus von 7,4% (7,4 Mio. t), während die Weichweizenernte nur um 2,5% auf 125,6 Mio. t zurückfiel. Stabil geblieben ist die Gerstenmenge.

Die Ölsaatenerzeugung der EU übertrifft im Gegensatz zum Getreide den Durchschnitt der vergangenen fünf Jahre um 5%, und die des Vorjahres um 7,2%, wobei sich die von Raps um 16,2% auf 19,5 Mio. t erholen konnte. Obwohl die Landwirte eine größere Fläche bestellt haben, werde aufgrund der sommerlichen Dürre die Sonnenblumenernte zum Vorjahr um 7% kleiner ausfallen. Auch die Sojabohnen sollen trotz einer um 17,4% ausgedehnten Anbaufläche nur marginal mehr werden.

Die Ernteergebnisse seien auch auf die unsichere internationale Lage zurückzuführen, monieren Copa und Cogeca. Sie nennen unter anderem Die Inflation, den Euro-Dollar-Wechselkurs und gestiegene Input-Kosten. Vor allem die Versorgung und Preissteigerungen bei Düngemitteln bereite Sorgen und habe negative Folgen auch für 2023. Die Landwirte- und Genossenschaftsvertreter fordern die EU-Kommission daher auf, für mehr Transparenz am Düngermarkt zu sorgen, den Preisanstieg zu bremsen und ein ausreichendes Angebot sicherzustellen. (Schluss) pos

EU-Schweinemarkt: Schlachtreife Tiere weiterhin nur knapp verfügbar

Notierung steigt in Österreich um 3 Cent

Wien, 9. September 2022 (aiz.info). - Weitgehend unverändert zeigt sich die Gemengelage am europäischen Schweinemarkt. Lebend- und Fleischmarkt-Umsätze halten sich seit Frühjahr dieses Jahres auf 5 bis 10% unterdurchschnittlichem Niveau die Waage. Das vergleichsweise hohe Preisniveau quer durch die EU erschwert dem Fleischhandel national wie international das Umsetzen der Preise. Speziell bei teureren Teilstücken gibt es inflationsbedingt substanzielle Einbußen. Auf Erzeugerseite hadern viele mit der Kostenentwicklung bei Futter und Energie, was trotz rekordhoher Erlöse nur zu mittelmäßiger Rentabilität führt. Vor diesem Hintergrund konnte das deutsche Preisbildungsmodell die Preisempfehlung um weitere 5 Cent nach oben setzen. Nach dem Ende der Sommersaison in den Mittelmeerländern erwartet man dort für heuer keine weiteren Preisverbesserungen.

In Österreich ist die Nachfrage nach Schlachtschweinen anhaltend groß. Mit weniger als 90.000 Schlachtungen pro Woche ringen die Schlächter seit August um Auslastung ihrer Betriebe. Dieser Umstand wird aktuell häufiger als Kaufmotiv angeführt, als ein lebhafter gewordenes Fleischgeschäft. Mit dem Ende der Grillsaison versiegt diese Absatzschiene allmählich, erläutert **Johann Schlederer**, Geschäftsführer der Österreichischen Schweinebörse. Unter Bezugnahme auf das anhaltend rekordtiefe Angebot, konnte die Erzeugerseite an der Österreichischen Schweinebörse ein Plus bei der Mastschweine-Notierung von 3 Cent auf 2,19 Euro je kg Schlachtgewicht (Berechnungsbasis: 2,09 Euro) erzielen. (Schluss)

Österreichs größte Bezirkslandwirtschaftskammer Weststeiermark neu eröffnet

Titschenbacher: Erste Anlaufstelle für rund 9.000 Bäuerinnen und Bauern

Graz, 9. September 2022 (aiz.info). - "Den immer mehr spezialisierten land- und forstwirtschaftlichen Betrieben bietet die neu errichtete Bezirkskammer Weststeiermark geballtes Fachwissen sowie umfassende Service- und Dienstleistungen für die tägliche Arbeit am Hof", betont Landwirtschaftskammer (LK) Steiermark-Präsident **Franz Titschenbacher** bei der offiziellen Eröffnung. Und weiter: "Die Expertinnen und Experten unseres Hauses begleiten die Bauernfamilien dabei, ihre Betriebe zukunftsfit zu führen und weiterzuentwickeln." In dieser somit größten Bezirkslandwirtschaftskammer Österreichs nehmen die Beratungen zu Rechtsfragen (Hofübergaben, Pachtverträge), die betriebswirtschaftliche Fachberatung, Dienstleistungen zu Förderfragen sowie die wichtige forstliche Fachberatung einen besonderen Stellenwert ein. Darüber hinaus beheimatet die Bezirkskammer Weststeiermark auch das Kompetenzzentrum "Umweltberatung" sowie die überregionale Fachberatung für die Bäuerinnen, die Direktvermarkter und die Landjugend.

Durch die verkehrsgünstige, zentrale Lage in Lieboch ist die Bezirkskammer Weststeiermark für die rund 9.000 Bäuerinnen und Bauern der drei Bezirke Deutschlandsberg, Graz und Umgebung sowie Voitsberg gut erreichbar. Als gemeinsame Dienststelle der drei Bezirkskammern ist somit der bedeutendste Umsetzungsschritt der Kammerreform 2017/19 umgesetzt, Synergien werden genutzt

und Kompetenzen gestärkt. Gleichzeitig bleiben aber die gewählten Gremien als eigenständige Bezirkskammern bestehen, um die sozialpartnerschaftlichen Positionen der Landwirtschaft in den Bezirken weiterhin bestmöglich zu vertreten. Etwa 40 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind im Dienste der heimischen Land- und Forstwirtschaft in der Bezirkskammer Weststeiermark aktiv.

Klimafreundlicher Bau und regionale Unternehmen

"Regionalität, Umweltfreundlichkeit und Nachhaltigkeit waren wichtige Grundsätze bei der Errichtung der neuen Bezirkskammer Weststeiermark", betont Kammerdirektor **Werner Brugner**. Und weiter: "Erfreulicherweise haben sich bei der Ausschreibung hauptsächlich heimische Firmen durchgesetzt. Von den 13 Hauptgewerken sind sogar elf aus der Steiermark." Außerdem ist der nachwachsende Rohstoff Holz vorrangiges Baumaterial (nach dem Vorbild des Bildungszentrums Steiermarkhof) dieses aus zwei Obergeschossen bestehenden Bauwerks. Der Neubau ist weitgehend in konstruktiver Holzbauweise errichtet, Fenster, Türen, Böden, Wandverkleidungen und öffentliches Mobiliar sind ebenfalls aus Holz hergestellt. Beheizt wird die Bezirkskammer Weststeiermark mit einer Pelletsheizung, noch heuer wird eine Photovoltaik-Anlage für die Eigenstromversorgung und für die Einspeisung von Sonnenstrom installiert. "Bei der Auswahl des Grundstückes haben wir zudem auf eine möglichst geringe Bodenversiegelung geachtet. Der Standort war bereits verkehrstechnisch gut aufgeschlossen und bestehende Parkplätze können tagsüber gut genutzt werden", betont Brugner. Das Haus ist außerdem in allen Bereichen barrierefrei zugänglich. Die Nettogrundrissfläche beträgt 1.568 m², die Nutzfläche für Büros und Besprechungsräume 935 m².

Christian Polz, Obmann Bezirkskammer Deutschlandsberg: "Die Bezirkskammer Weststeiermark ist die gemeinsame Geschäftsstelle der Bezirkskammern Deutschlandsberg, Graz und Umgebung sowie Voitsberg. Die drei politischen Bezirke und auch die Bezirkskammer-Vollversammlungen mit ihren Obmännern bleiben unverändert. Wir unterstützen die Bäuerinnen und Bauern mit kompetenter Beratung, Weiterbildung, Interessenvertretung und servizieren in Förderangelegenheiten."

Manfred Kohlfürst, Obmann Bezirkskammer Graz und Umgebung: "Die zunehmende Spezialisierung der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe erfordert Spezialisten für die Beratung, damit sich die Betriebe zukunftsfit aufstellen können. Dieses zeitgemäße Beratungsangebot bietet die Bezirkskammer Weststeiermark unseren Bäuerinnen und Bauern der drei Bezirke. Die Bezirkskammer Weststeiermark ist wichtiger Teil der Kammerreform. Mittel- und langfristig bleibt damit die Finanzierbarkeit unserer neuen Bezirkskammer gesichert."

Werner Preßler, Obmann Bezirkskammer Voitsberg: "Die Fachberater und Mitarbeiter der Bezirkskammer Weststeiermark unterstützen etwa 9.000 land- und forstwirtschaftliche Betriebe in den drei Bezirken. Allein für 5.000 Betriebe erbringen wir wichtige Serviceleistungen bei Förderanträgen wie beispielsweise dem Mehrfachantrag. Die drei Bezirke zusammen sind flächenmäßig größer als Vorarlberg und haben auch mehr Betriebe als das westlichste Bundesland." (Schluss) APA OTS 2022-09-09/13:45

Biohof Schlager als neuer Green Care-Betrieb in Niederösterreich ausgezeichnet

Gesundheitsfördernde Angebote als Green Care Auszeithof ergänzen Bio-Angebot

Wien, 9. September 2022 (aiz.info). - Der Bio-Bauernhof der Familie Schlager in Mollram, im südlichen Niederösterreich, wurde am 8. September 2022 mit der Green Care-Hoftafel ausgezeichnet und bietet ab sofort gesundheitsfördernde Angebote als Green Care Auszeithof an. "Unsere Leidenschaft gilt der Produktion und dem Verkauf hochwertiger Bio-Lebensmittel. Dieses Angebot ergänzen wir nun mit neuen Workshops rund um einen gesundheitsfördernden Lebensstil und der Erholung in der Natur", so **Jutta** und **Richard Schlager**, die den Betrieb in vierter Generation führen. "Unsere Auszeithof-Angebote richten sich an Jugendliche und Erwachsene und umfassen Ernährungsworkshops, waldpädagogische Programme sowie Yoga-Übungen in der Natur. Dabei arbeiten wir mit Expertinnen und Experten zusammen, die uns mit ihrem Fachwissen bei der Umsetzung unterstützen."

Vielfältige Angebote auf österreichischen Green Care-Betrieben

Derzeit können österreichweit zwölf unterschiedliche Green Care-Angebote zertifiziert werden, wobei sich der Auszeithof mit aktuell 34 Betrieben besonders gut entwickelt. "Der Biohof Schlager ist ein schönes Beispiel dafür, wie Green Care als Ergänzung zu bestehenden Betriebszweigen funktioniert. Die vorhandene Lebensmittelverarbeitung und Direktvermarktung am Hof und das damit verbundene Ernährungswissen stellen - neben weiteren Qualifikationen und Kooperationen - die Basis der Green Care-Angebote dar", erläutert **Robert Fitzthum**, Obmann des Vereins Green Care Österreich.

Green Care in Niederösterreich gut etabliert

"Green Care stellt für bäuerliche Familienbetriebe eine innovative Möglichkeit zur Diversifizierung dar und es ist schön, dass mit dem Biohof Schlager bereits der 32. Green Care-Betrieb in Niederösterreich ausgezeichnet wird", so **Andrea Wagner**, Vizepräsidentin der Landwirtschaftskammer Niederösterreich. **Irene Neumann-Hartberger**, Vorsitzende der ARGE Österreichische Bäuerinnen ergänzt: "Gerade für Bäuerinnen, die neben ihrer landwirtschaftlichen oft auch über eine soziale Ausbildung verfügen, stellt Green Care eine gute Möglichkeit dar, ihre Kompetenzen zu vereinen und daraus neue Einkommensmöglichkeiten zu entwickeln. Ich freue mich daher sehr über diesen neuen Green Care-Betrieb und gratuliere Familie Schlager sehr herzlich zur Hoftafel." (Schluss)